



SAMARITER 
STIFTUNG

Stiftung Liebenau



Tagungsdokumentation

**DIE SOZIALE BÜRGER-KOMMUNE
DER ZUKUNFT**

**Vorhandene Potenziale neu
nutzen und innovativ koordinieren**

Mittwoch, 4. März 2009

im Haus der Begegnung in Ulm



Inhalt

- 4 ■ **Einführung**
- 5 ■ **Grußwort**
Ivo Gönner, Oberbürgermeister der Stadt Ulm
- 5 ■ **Die soziale Bürger-Kommune** (Referat)
Alois Glück, Landtagspräsident a.D.
- 7 ■ **Die Bürger-Kommune Nürtingen** (Referat)
Otmar Heirich, Oberbürgermeister der Stadt Nürtingen und
Hannes Wezel, Bürgerbeauftragter der Stadt Nürtingen
- 8 ■ **Was braucht der behinderte Mensch in der Kommune?** (Workshop)
Michael Schubert, Gisela Graf-Fischer und Friedhelm Boderke,
Samariterstift Neresheim
- 10 ■ **Impulse von außen: Kommunalentwicklung und bürgerschaftliches Engagement in Vorarlberg** (Workshop)
Dr. Manfred Hellrigl, Leiter des Büros für Zukunftsfragen Vorarlberg
- 12 ■ **Management des Freiwilligenengagements** (Workshop)
Helene Göbel und Sonja Gröner, Gemeinwesenarbeiterinnen
Lebensräume für Jung und Alt der St. Anna-Hilfe gGmbH
- 14 ■ **Ohne Geld geht nichts: Finanzierung der Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement** (Workshop)
Agnes Christner, Dezernentin für Jugend, Familie, Soziales und Pflege
beim Städtetag Baden-Württemberg

Tagungsdokumentation zur Fachtagung

Die Soziale Bürger-Kommune der Zukunft

Vorhandene Potenziale neu nutzen und innovativ koordinieren

Mittwoch, 4. März 2009

im Haus der Begegnung in Ulm

Konzeption und Organisation:

Otto Haug, Leitender Referent Kommunikation und Gesellschaft, Samariterstiftung

Ulrich Kuhn, Stabsstelle Sozialpolitik, Stiftung Liebenau

Dr. Rolf Wehaus, Wehaus Organisation und Weiterbildung

Redaktion

Susanne Droste-Gräff, Stiftung Liebenau Kommunikation

Layout

Karin Bernhardt, Stiftung Liebenau Kommunikation

Druck: Druckerei Gresser, Meckenbeuren

Auflage: 500 Stück



■ Einführung

Im Mai 2006 beschlossen die Vorstände der Stiftung Liebenau und der Samariterstiftung in einem gemeinsamen Projekt bewährte und neue Formen des Zusammenwirkens von hauptamtlicher Arbeit und bürgerschaftlichem Engagement zu durchdenken, beziehungsweise neu zu entwickeln. Beide Stiftungen haben bereits vielfältige und langjährige Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit bürgerschaftlich Engagierten. Weit über 2500 Bürgerinnen und Bürger engagieren sich insgesamt in den beiden Sozialunternehmen.

Durch die Veränderungen des Sozialstaates bekommen freiwillig Engagierte ein neues Gewicht: einerseits durch die Entwicklung ergänzender Hilfskonzepte, die verstärkt im allgemeinen Wohnumfeld und im Gemeinwesen ansetzen und dem Hilfesuchenden möglichst ein autonomes Leben ermöglichen sollen, andererseits durch die sich verschlechternden Finanzierungsgrundlagen. Um für Menschen mit Hilfebedarf auch in Zukunft passende individuelle Angebote anbieten zu können, ist es deshalb für die beiden Stiftungen wichtig, ihre Konzeption über die rein professionelle Betreuung hinaus zu einer Konzeption begleitender Hilfeangebote im Mix von Bürgern und Profis weiterzuentwickeln. Die Erfahrungen und Entwicklungsüberlegungen haben Samariterstiftung und Stiftung Liebenau in einem Positionspapier veröffentlicht (Download unter www.stiftung-liebenau.de oder www.samariterstiftung.de).

Dieser Wandel hin zu Netzwerken aus Bürgern und Profis bietet die Chance, dass Menschen mit Unterstützungsbedarf gleichberechtigte Mitbürgerinnen und Mitbürger im Gemeinwesen werden. An die Stelle institutioneller Vollversorgung treten Hilfen nach Maß, die im Zusammenwirken von Betroffenen, deren Familien, freiwillig Engagierten und professionellen Unterstützern realisiert werden. Ort des Geschehens ist dabei der jeweilige Wohnort, die Kommune, in der die Menschen leben. Die Vision einer „Sozialen Bürger-Kommune“ ist daher nur im Miteinander von Kommune, engagierten Bürgern und Gruppierungen sowie den örtlichen Sozialeinrichtungen möglich. Dies erfordert nicht nur ein Umdenken der Einrichtungen und Kommunen, sondern verlangt auch Änderungen ordnungspolitischer Rahmenbedingungen wie zum Beispiel der Gemeindeordnung.

Im Rahmen unseres Fachtags erörterten Landräte, (Ober-)Bürgermeister, Verwaltungsfachleute und die verantwortlichen Führungskräfte unserer Sozialunternehmen gemeinsam, wie vorhandene Potenziale neu genutzt und innovativ koordiniert werden können, um diese Vision zu verwirklichen. Die wesentlichen Inhalte der Referate und – in Stichpunkten – der Diskussionsbeiträge haben wir in dieser Broschüre dokumentiert.

Dr. Berthold Broll, Vorstandsvorsitzender der Stiftung Liebenau
Dr. Hartmut Fritz, Vorstandsvorsitzender der Samariterstiftung

■ Grußwort

Ivo Gönner, Oberbürgermeister der Stadt Ulm

Die Bürger-Kommune ist für Oberbürgermeister Ivo Gönner kein neues Thema. Die deutschen Städte seien durch die Jahrhunderte von der kommunalen Selbstverwaltung, in der die Bürgerinnen und Bürger aktiv mitgestalten, geprägt. Die aktiven Bürgerschaften würden dabei Bollwerke gegen extremistische Entwicklungen bilden.

Bedingt durch den demographischen Wandel, seien die Städte im immer größer werdenden Wettbewerb um Einwohner, die die vorherrschende Infrastruktur finanzieren sollen. Dabei seien auch bei Zuzug Einwohner noch nicht gleichzeitig Bürger. Es sei eine Aufgabe der Städte, diese neuen Einwohner durch attraktive Angebote zu Bürgern zu machen, stellte Gönner klar. Hierfür werde das klassische dauerhafte Ehrenamt ergänzt durch projektorientiertes bürgerschaftliches Engagement. Für dieses bürgerschaftliche Engagement seien neue Formen der Anerkennung wie zum Beispiel Bürgerauszeichnungen notwendig.

■ Die soziale Bürger-Kommune (Referat)

Alois Glück, Landtagspräsident a.D.

Alois Glück, bayerischer Landtagspräsident a.D., zeichnete in seinem Vortrag über die soziale Bürger-Kommune das Bild einer Gesellschaft, die in diesen Jahren eine tiefgreifende Veränderung erfährt. Die Bürgerinnen und Bürger erleben nicht nur eine Finanzkrise, sondern auch eine tiefe Wertekrise. Daher reiche es für Glück nicht aus, nur die Situation vor der Krise wieder herzustellen. Unsere bisherige Art zu leben und zu wirtschaften sei nicht zukunftsfähig. Es müsse daher die Aufgabe aller Bürgerinnen und Bürger sein, eine zukunftsfähige Kultur zu entwickeln.

Dennoch sieht Glück bereits einen Wertewandel stattfinden und ruft dazu auf, die Zeichen der Zeit zu erkennen und sich umzustellen. Die Maxime höher, schneller, weiter habe für die Menschen immer weniger Faszination. Seit den 60er-Jahren existiere eine unglaubliche Zeit des Wachstums für die Lebens- und Bildungsmöglichkeiten der Menschen. Alois Glück betonte, dass viel humaner Fortschritt, zum Beispiel in der Behindertenhilfe, geschaffen worden sei. Gleichzeitig sei aber auch sehr viel aus der Balance der Gesellschaft geraten, wie Überschuldung und Übernutzung der Natur. Dabei habe dieses Ungleichgewicht vor allem auch den immer größer werdenden Kampf um die Verteilung von Finanzen zur Folge. Dies wirke sich direkt auf soziale Projekte aus. Glück sprach sich für eine sehr fundierte Problemanalyse aus. Solange wir die Schwächen (und Stärken) der Entwicklungen nicht sehen würden, könnten wir nicht die richtigen Antworten auf die Krise finden.

Die Vergangenheit sei nach Glück durch ein pragmatisches Management geprägt. Dieses könne nicht fortgeschrieben werden. Zurzeit geschehe eine Veränderung der Rolle der kommunalen Verwaltung von einer Obrigkeitsverwaltung hin zu einem Dienstleistungsunternehmen. Dazu gehöre auch das Verständnis des Bürgers als Kunde. Dies sei ein Fortschritt, berge aber die Gefahr, dass die Bürgerinnen und Bürger eine Anspruchshaltung an die Verwaltung entwickelten. Ein besseres Leitbild für die Kommunen wäre die Bür-



Zeit des unbegrenzten Wachstums vorbei.

Kampf um Verteilung der Finanzen wird größer.

Bürger-Kommunen als neues Leitbild erfordert neue Aufgabenverteilung zwischen Bürger und Staat.

ger-Kommune beziehungsweise die aktive Bürgergesellschaft mit einer neuen Aufgabenverteilung zwischen Bürger und Staat. Schließlich seien Bürger mehr als nur bloße Einwohner. Bürger sollten keine von dem Dienstleistungsunternehmen Kommune „betreuten Bürger“ sein, sondern müssten gemeinsam mit den örtlichen Unternehmen für sich selbst und für das Gemeinwohl Verantwortung übernehmen.

Um Dynamiken und Stabilität miteinander verbinden zu können, nannte Alois Glück die Innovation als entscheidende Kraft. Auf die Frage, welche Kultur in Stiftungen, Unternehmen und Gemeinden nötig sei, um Innovationskraft zu erzeugen und was Stabilität bringen würde, antwortete Glück, dass er in gefestigten Werten eine langfristige Lösung sehe. Wie in der Natur hätten auch in der Gesellschaft in stürmischen Zeiten nur die „Tiefwurzler“ Bestand. Diese Werte könnten in der Bürger-Kommune entwickelt und verankert werden. Dafür müssten die Aufgaben der Kommunalpolitik neu definiert werden: Weg von dem traditionellen Bild, bei dem die Kommune die Infrastruktur und die Bürger das gesellschaftliche Leben organisierten. Zukünftig würden die Aufgaben der Kommunalpolitik in der Unterstützung zur Verwirklichung von Engagement liegen, dafür müsse aber auch Raum für Engagement geschaffen werden. Diese Aufgabe dürfe letztlich auch nicht als „freiwillige Leistung“ in die Beliebigkeit der Kommunen gestellt werden. Denkbar sei eine verbindliche Aufnahme in die Gemeindeordnung. Dies würde eine ganz neue Art der Zusammenarbeit zwischen den Bürgern und der Kommunalpolitik bedeuten. Ein gutes Beispiel wären die Dorferneuerungsprogramme, dort gäbe es keine Mittel ohne das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern. Dafür seien aber auch Strukturen, Regeln und Handwerkszeuge nötig. Zum Beispiel liege die letzte Verbindlichkeit für Entscheidungen bei gewählten Ratsgremien. Die Bürger müssten von den Mandatsträgern aber in geeigneten Beteiligungsverfahren mitgenommen und ernst genommen werden. Bürgerschaftliches Engagement sei dabei nicht in erster Linie als Notlösung für fehlendes Geld zu verstehen, sondern es sei im Leben verankert.

Wie würde ein Leben in der Gemeinde ohne bürgerschaftliches Engagement aussehen? Glück zitierte dazu den Zukunftsforscher Horst Opaschowski mit der Aussage, dass der mobile Single von heute der Einsame von Morgen sei. Wenn vor allem Vereinsamung die größte Gefahr darstelle, müsse gegengesteuert werden. Eine kluge Altersvorsorge bedeute nicht nur quantitative Vorsorge, sondern auch die Bildung sozialer Kontakte. Daher müssten neue Wege gegangen werden und soziale Netzwerke entwickelt werden.

In der Altersgruppe der über 60-Jährigen bestehe laut Glück das größte Potenzial an bürgerschaftlichem Engagement. Es müssten Wege gefunden werden, dieses zu aktivieren. Eine Veränderung sei nur auf kommunaler Ebene und nur in Zusammenarbeit zwischen Bürgerinnen und Bürgern, freien Trägern und Kommunen erreichbar. Dazu müssten neue Formen der Zusammenarbeit entwickelt werden. Schlüssel sei das Subsidiaritätsprinzip als Verantwortungsprinzip und als Strukturprinzip.

Gefestigte Werte unterstützen die Innovationskraft von Unternehmen und Kommunen.

Altersvorsorge bedeutet auch soziale Kontakte zu bilden.

Impulse aus der Diskussion:

- Es geht nicht nur um das Thema Ehrenamt, sondern auch um ordnungspolitische Weichenstellungen.
- Das größte Defizit in der Ausbildung von Führungskräften ist die Menschenführung.
- Für eine wirkliche Veränderung muss der Leidensdruck groß genug sein.
- Es gibt einen Verteilungskampf ums Geld. Was darf bürgerschaftliches Engagement kosten?
- Das alte Verständnis von Kommunalpolitik ist die Trennung von freiwilligen und von verpflichtenden Aufgaben. Dies führt z.B. im Bauwesen (= Pflichtaufgabe) zu maximalen Standards. Diese sollten gesenkt und die freien Mittel ins Gemeinwesen investiert werden.
- Den Gemeinden werden von oben Standards vorgegeben. Wir brauchen eine öffentliche Debatte, um Perfektionismus in Standards zu überwinden.

■ Die Bürger-Kommune Nürtingen (Referat)

Otmar Heirich, Oberbürgermeister der Stadt Nürtingen und Hannes Wezel, Bürgerbeauftragter der Stadt Nürtingen

Nach Meinung der Referenten Otmar Heirich und Hannes Wezel würden vor allem Strukturen zur Organisation von bürgerschaftlichem Engagement gebraucht. In der Abfolge „der Bürger wünscht – die Kommune erfüllt“ läge der Denkfehler. Vereinzelung, Globalisierung, demographischer Wandel, Legitimationskrise der Politik, Finanzkrise der Großstädte und sozialräumliche Spannungen nannten die Referenten als Gründe dafür, warum Bürger-Kommunen dringend gebraucht würden. Als Meilensteine auf dem Weg zur Bürger-Kommune nannten Heirich und Wezel aus der Perspektive der Stadt Nürtingen folgende Ereignisse:

- 1989** Gesellschaftlicher Aufbruch (Mauerfall u. mehr)
- 1990** Einrichtung einer Geschäftsstelle für bürgerschaftliches Engagement im Sozialministerium Baden-Württemberg
- 1991** Eröffnung eines Bürgertreffs in Nürtingen
- 1999** Gründung des Civitas-Netzwerks der Bertelsmann Stiftung
- 2000** Bundestags-Enquete-Kommission zum Bürgerschaftlichen Engagement
- 2001** Gründung des Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Für 2019 haben Heirich und Wezel die Vision, dass sich 50 Prozent der Bürgerinnen und Bürger engagieren. Dabei sollen Rathäuser zu Bürgerhäusern und Bürgermeister von den Bürgern evaluiert werden. Wichtige Voraussetzungen für diese Entwicklung seien nach Heirich und Wezel die Wertschätzung von bürgerschaftlichem Engagement und eine konsequente Anerkennungskultur. In Nürtingen werde dies bereits durch Honorierungen wie Wellness-



Wochenenden oder sonstige Vorteile gelebt. Als weitere wichtige strukturelle Bedingungen nannten die Referenten eine professionelle Begleitung, eine Änderung der Einstellung der Kommunen, um mehr Engagement zuzulassen und einen vermehrten Einsatz von Bürgerstiftungen. Dabei sei wichtig, die Beteiligung nicht an Defiziten anzusetzen, sondern an Fähigkeiten und Talenten. Die Bürger-Kommune werde dabei als ein trisektorales Netzwerk gesehen, das sich aus Beteiligungsförderung, Engagementförderung und Gemeinwohlförderung zusammensetze. Dies bedeutete eine Kooperation von Bürger, Verwaltung, Wirtschaft und Politik.

Das Konzept der Stadt Nürtingen zum bürgerschaftlichen Engagement bestehe aus vielen Bausteinen. Bürgermentoren beispielsweise seien engagierte Bürgerinnen und Bürger, die sich gezielt ausbilden lassen, um direkt einem Stadtrat oder Neu-Bürgern als Ansprechpartner zu Seite stehen zu können. Ans Rathaus schließe sich ein gläserner Bürgersaal an – auch gläsernes Rathaus genannt –, der für Veranstaltungen und als Begegnungsstätte zwischen Bürgern und Verwaltung intensiv genutzt werde. In Nürtingen werde darauf Wert gelegt, dass sich Netzwerke aus verschiedenen Organisationen bilden. So sollen auch etablierte Vereine und projektorientierte Gruppen vernetzt werden.

Als Instrumente der Beteiligungsförderung nannten die Referenten Bürgerbefragungen, Bürgerpanels, Beteiligungsforen, lokale Demokratiebilanz, eine ermöglichende Verwaltung und eine Verankerung der Beteiligungsförderung in Satzungen. Beteiligungsforen seien dabei immer aus einem Mitglied aus Gemeinderat, Verwaltung und Bürgerschaft zusammengesetzt. Diese gemischten Gruppen würden projektorientiert arbeiten und seien antragsberechtigt. Um Engagementförderung zu praktizieren, empfahlen Heirich und Wezel eine zentrale professionelle Anlaufstelle für Engagementförderung, die mit einem sicheren Budget ausgestattet sei und eine Anerkennungskultur pflege. Die Gemeinwohlförderung könne dann stattfinden, wenn die Politik eingebunden werde und auch die örtlichen Unternehmen als Bürger beteiligt würden. Dabei sei eine ressourcenorientierte Arbeit von besonderer Bedeutung, denn bürgerschaftliches Engagement spare letztendlich kein Geld, sondern koste Geld.

■ Was braucht der behinderte Mensch in der Kommune?

(Workshop)

Michael Schubert, Gisela Graf-Fischer und Friedhelm Boderke, Samariterstift Neresheim

Zum Einstieg in das Workshop-Thema skizzierten die Referenten kurz die Entwicklung von ambulanten Wohnformen im Samariterstift Neresheim. In den vergangenen Jahren wurden dort mehrere neue Formen der Assistenz für Menschen mit Behinderungen entwickelt – z.B. ambulant betreutes Wohnen, betreutes Wohnen in Familien, Paarwohnen – und auch quantitativ ausgebaut: Lebten vor zehn Jahren erst rund ein Dutzend der vom Samariterstift betreuten Personen in einer ambulanten Wohnform, so sind es heute 80, während die Zahl der stationär betreuten Menschen im gleichen Zeitraum bei rund 140 stagnierte beziehungsweise leicht zurückging.

Das Samariterstift war beteiligt an dem Projekt „Leben im Ort“ des Diakonischen Werks Württemberg, das in den Jahren 2005 bis 2008 durchgeführt wurde und in eine Konzeption zur modellhaften Weiterentwicklung der diakonischen Behindertenhilfe „Vom Ort zum Leben zum Leben im Ort“ mündete. Zu den Zielen des Projekts gehörte, wohnortnahe, individuelle Assistenzkonzepte weiterzuentwickeln, die konzeptionelle Ausrichtung diakonischer Behindertenhilfe neu zu bestimmen, konkrete Modelle zeitgemäßer Hilfsangebote für Menschen mit Behinderung zu beschreiben und Zugänge und Kontakte im Gemeinwesen zu erschließen.

Im Wohntraining lernen die Menschen selbstständigeres Verhalten im Alltag, sei es beim Einkaufen oder auch im Umgang mit Vertretern an der Haustür. Kriterium für das Wohntraining ist der bereits erreichte Grad an Selbstständigkeit, Motivation und Stabilität, wobei nach Aussage der Referenten natürlich auch die Möglichkeit des Scheiterns gegeben sei. Die meisten Menschen im Wohntraining sind zugleich Beschäftigte der Werkstatt für behinderte Menschen.

Am Beispiel eines vom Samariterstift Neresheim betreuten Mannes schilderte Gisela Graf-Fischer die Erfahrungen beim „Wohntraining“: „Herr H., heute 51 Jahre alt, kam mit 9 Jahren in ein Kinderpflegeheim, mit 15 Jahren in ein Wohnheim des Samariterstifts Neresheim, mit 31 Jahren in eine Außenwohngruppe und lebt nun seit zwei Jahren in einer eigenen Wohnung. Die bisherigen Erfahrungen seit seinem Einzug dort sind unerwartet positiv und können in hohem Maße als exemplarisch auch für andere Menschen mit Behinderungen im „Wohntraining“ gelten: Kontakte zur Nachbarschaft und Begegnungen finden ohne betreuende Mitarbeiter(innen) statt. Neue Nachbarn gehen selbst auf ihn zu und stellen sich vor. Herr H. hat an Selbstwertgefühl gewonnen. Nachbarn erleben Herrn H. als „sehr selbstständig“; das Betreuungspersonal wird nicht wahrgenommen. Außenwohngruppen, in denen mehrere Menschen mit Behinderungen gemeinsam leben, fallen eher auf als Menschen im betreuten Einzel- oder Paarwohnen.“

Inwiefern aber werden Menschen mit Behinderungen als normale Kunden, Konsumenten, Patienten und Bürger gesehen? Hier besteht nach Meinung der Referenten noch einiger Veränderungsbedarf. So zum Beispiel würden Menschen mit Behinderungen immer noch relativ oft mit „du“ angesprochen. Die Kommunikation erfolge häufig noch über die betreuenden Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.

Auch als Patienten würden sie öfter als unangenehm auffallend wahrgenommen und bekämen zum Beispiel beim Zahnarzt eher Zähne gezogen als nichtbehinderte Menschen. Auch als Konsumenten, etwa in Cafés, würden immer noch eher die begleitenden Mitarbeiter angesprochen und nicht der behinderte Mensch. Auch in seiner Eigenschaft als Bürger tue sich ein behinderter Mensch schwer, weil er beispielsweise beim Ausfüllen von Formularen mehr Probleme habe als andere Menschen.

Veränderungsbedarf in der Kommune bestehe, so die Referenten, also zunächst mit Blick auf das allgemeine Bewusstsein. Dazu gehöre auch, behinderten Mitmenschen nicht mit Mitleid zu begegnen, keine „Grenzüberschreitungen“ zuzulassen und Schwächen nicht auszunützen.

Behindertenhilfe entwickelte sich zum „Leben im Ort“.

Selbstständigkeit beinhaltet auch die Möglichkeit des Scheiterns.

Wohntraining ermöglicht mehr Selbstständigkeit und neue nachbarschaftliche Kontakte.

Leben behinderter Menschen im Gemeinwesen erfordert Lernen auf beiden Seiten.

Bürger, Verwaltung, Wirtschaft und Politik sollen kooperieren.

Zentrale Stelle für Engagementförderung sollte eingerichtet werden.



Einige konkrete Ziele, die man im Samariterstift Neresheim formuliert hat, sind:

- mehr direkte Mietverhältnisse mit den behinderten Menschen bzw. ihren gesetzlichen Betreuern und nicht mehr – wie in bisher 95 Prozent der Fälle – der Abschluss des Mietvertrags mit dem Samariterstift
- mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse für Menschen mit Behinderungen
- adäquate – also geeignete – Angebote der Volkshochschule und anderer örtlicher Bildungsträger
- angemessene finanzielle Möglichkeiten
- eine klare, einfache Sprache bei Behörden, konkret z.B. in Antragsformularen
- bessere Anbindung an örtliche Vereine

Das Fazit: Lernen sei auf beiden Seiten erforderlich, nämlich einerseits bei den Menschen mit Behinderungen und andererseits bei den Nachbarn und den anderen Menschen aus dem Gemeinwesen, denen sie begegnen. Normalität müsse auf beiden Seiten „trainiert“ werden. Oder, anders gesagt: So wie ein Mensch mit Behinderung lernen müsse, in der Gemeinde zu leben, so müssten auch Menschen ohne Behinderungen lernen, mit behinderten Menschen zu leben.

Impulse aus der Diskussion:

- Behinderte Menschen brauchen Normalität, die auf beiden Seiten (Behinderter/Bürger) trainiert und organisiert werden muss.
- Normal gibt es nicht, jeder ist anders.
- Initiativen wie Behindertencafés sollten im Stadtteil normal sein.
- Eine strenge Trennung soll verhindert werden.
- Die Bürger-Kommune muss sich weiterentwickeln, damit Inklusion Realität wird.



■ Impulse von außen: Kommunalentwicklung und bürgerschaftliches Engagement in Vorarlberg

(Workshop)

Dr. Manfred Hellrigl, Leiter des Büros für Zukunftsfragen Vorarlberg

Nach Dr. Manfred Hellrigl laufe die aktuelle Entwicklung im Sozialbereich darauf hinaus, dass die Kosten steigen und die (staatlichen) Einnahmen sinken. Die Herausforderung, der wir uns stellen müssten, formulierte Hellrigl als Frage an die Workshopteilnehmer: Was können wir tun, um die Qualität und die Finanzierbarkeit des Sozialsystems auch in Zukunft zu gewährleisten?

Die Lösung bestehe in einem grundlegenden Paradigmenwechsel, von der Versorgung zu mehr Eigenverantwortung. Dabei spiele mehr bürgerschaftliches Engagement eine Schlüsselrolle. Die Frage sei, wie man die Bevölkerung dazu bringen könne, sich stärker freiwillig zu engagieren.

Referent Dr. Manfred Hellrigl berichtete hier von der langjährigen Erfahrung des „Büros für Zukunftsfragen“ auf diesem Gebiet. Es habe sich gezeigt, dass die einschlägigen Kampagnen meist eine kurze Lebensdauer haben und ihre Wirkung nur schwer evaluierbar sei. Trotzdem gäbe es immer wieder auch Projekte, die zum Selbstläufer wurden. Engagementförderung habe sich dann als besonders wirkungsvoll erwiesen, wenn das zu vermittelnde Thema zum eigenen Anliegen, zur eigenen Sache der Betroffenen wurde. Aus diesem Grund setze das „Büro für Zukunftsfragen“ seit über zehn Jahren ganz auf Selbstorganisationsprojekte. Diese zielten darauf ab, die Bürgerinnen und Bürger nicht nur zu mehr Engagement aufzurufen, sondern ermutigten sie auch dazu, selbst zu bestimmen, welches die wirklich brennenden Themen vor Ort seien, für die es sich zu engagieren lohne. Diese dialogisch angelegte Strategie sei außerdem sehr gut dazu geeignet, fachübergreifendes, ganzheitliches und langfristiges Denken in der Bevölkerung zu fördern. Zwei Modellprojekte in Vorarlberg hob Hellrigl als besonders viel versprechend hervor: das Projekt „Zamma leaba“ und die „BürgerInnen-Räte“.

Doch so optimistisch die bisherigen Erfahrungen stimmten, sie zeigten auch klar die Grenzen dieser Verfahren auf. Kernfragen, die in diesem Zusammenhang gestellt werden müssten, seien: Gibt es seitens von Politik und Verwaltung ein ehrliches Interesse an Beteiligung? Werden die Bürgerinnen und Bürger ernst genommen? Sind die Auftraggeber wirklich bereit für offene Prozesse, bei denen nicht vorhergesagt werden kann, was am Ende herauskommt?

Hellrigl zitierte Prof. Dr. Helmut Kramer, den langjährigen Leiter des Österreichischen Wirtschaftsforschungsinstituts, der festgestellt hat: „Regionale und kommunale Einheiten sind eher in der Lage als der Nationalstaat, um das Funktionieren der Zivilgesellschaft, der Eigeninitiative und der Solidarität zu unterstützen.“

Um die beschriebene Herausforderung, nämlich Qualität und Finanzierbarkeit des Sozialsystems dauerhaft gewährleisten zu können, seien wir alle gefordert, stellte Hellrigl abschließend fest. Nicht nur die Bürgerinnen und Bürger, sondern Politik und Verwaltung gleichermaßen. Neue Verfahren zeigten die Richtung. Die größte Chance dürften seiner Ansicht nach Ansätze haben, die zwar zu mehr Engagement motivieren, die den Engagementwilligen aber weitgehend selbst die Entscheidung überließe, wofür.

Weitere Informationen: www.vorarlberg.at/zukunft

Impulse aus der Diskussion:

- Engagementförderung ist dann erfolgreich, wenn das Thema zum eigenen Anliegen der Bürger wird. Dabei soll das Thema nicht vorgegeben werden, die Bürger suchen sich das Thema selbst aus. Engagement muss von den Bürgerinnen und Bürgern entwickelt werden.
- Bisher wurden kommunale Projekte zuerst geplant und anschließend

„Büro für Zukunftsfragen“ setzt auf Selbstorganisationsprojekte.

Die Kernfrage ist die Bereitschaft zu echter Bürgerbeteiligung und offenen Prozessen.

wurden die Bürgerinnen und Bürger nach ihrer Meinung befragt. Bei einem neuen Ansatz wird eine zufällige Gruppe aus der Bürgerschaft ausgewählt, die anschließend selbst Themen setzt und Lösungen entwickelt. Kommunale Entwicklung als Prozess von unten nach oben.

- Es müssen Erfahrungsräume geschaffen werden, damit Menschen positive Erfahrungen im bürgerschaftlichen Engagement sammeln können. Die größte Motivation entsteht durch Begeisterung. So können auch Menschen abgeholt werden, die noch nicht engagiert sind.
- Alle Beteiligten müssen offen dafür sein, dass verschiedene Menschen verschiedene Schwerpunkte setzen.
- So kann Demokratie von unten hautnah erlebbar gemacht werden.

■ **Management des Freiwilligenengagements** (Workshop)

Helene Göbel und Sonja Gröner, Gemeinwesenarbeiterinnen
Lebensräume für Jung und Alt der St. Anna-Hilfe gGmbH

Die Referentinnen erläuterten eingangs das Konzept der Lebensräume für Jung und Alt: Menschen unterschiedlichen Alters leben im selben Haus. Dabei ist die Wohnsituation wie im ganz normalen Leben. Das Leben unter einem Dach wird durch die Gemeinwesenarbeit unterstützt. Diese hilft den Bewohnern, Beziehungen untereinander zu entwickeln und sich gegenseitig zu helfen, beispielsweise den Einkauf für jemanden zu erledigen oder für jemanden mit zu kochen. Die Bewohnerinnen und Bewohner bilden Teams (je nach Interesse) und organisieren verschiedene Events für alle Bewohner, wie zum Beispiel ein gemeinsames Frühstück. Menschen unterschiedlicher Generationen würden so Verständnis füreinander bekommen. Aktive Nachbarschaftshilfe und die Einbindung der Bewohner in die Gemeinde würden auf diese Weise gefördert.

Es folgte ein Beispiel aus Immenstaad am Bodensee: Hier gibt es 43 Wohneinheiten in den Lebensräumen für Jung und Alt. Die Einbindung der Bewohner in das Alltagsgeschehen sei sehr wichtig. Das Büro der Gemeinwesenarbeit ist zwei Mal in der Woche geöffnet, in Notfällen sind die Mitarbeiter jedoch auch an den anderen Tagen zu erreichen. Die Büroöffnungszeiten sollten nicht weiter ausgedehnt werden, da die Bewohnerinnen und Bewohner sonst nur unselbstständig würden und ihre eigenen Ideen nicht mehr einbrächten.

Auch zum Austausch der Gemeinwesenarbeiterinnen der insgesamt rund 25 Wohnprojekte „Lebensräume für Jung und Alt“ untereinander bezogen die beiden Referentinnen Stellung: Es sei wichtig, dass die Mitarbeiter der Gemeinwesenarbeit miteinander kommunizieren, und zwar nicht nur die, die in den Häusern einer Stadt arbeiten, sondern überregional. Sei man in ein solch großes Team eingebunden, könne man mehr von den Erfahrungen anderer lernen und somit das Know-how aller vergrößern. Durch die große Anzahl an Standorten könne die St. Anna-Hilfe dies gewährleisten.

Ihre Erfahrungen im Bereich bürgerschaftliches Engagement: Informationen über bürgerschaftliches Engagement müssten gezielt gestreut werden. Viele

Bürgermeister oder Gemeinderäte stünden dieser Sache oftmals kritisch gegenüber. Wenn man sie jedoch zu Veranstaltungen mitnehme und sie sähen, was andere machen, ändere sich ihre Sichtweise der Dinge sehr oft und sie wollten auch in ihrer Gemeinde das soziale Engagement fördern.

Bürgerschaftliches Engagement könne nach Ansicht von Göbel und Gröner auch eine Chance für Migranten sein. Sie seien oftmals mit der Kultur nicht vertraut und wüssten auch nicht, was für Anforderungen an ihre Kinder in der Schule gestellt werden. Wenn sie jemanden hätten, an den sie sich bei Fragen wenden könnten, würde ihnen schon sehr geholfen sein.

Generell könne das Konzept der Lebensräume auch auf die soziale Kommune übertragen werden. Man dürfe sich jedoch nicht der Vorstellung hingeben, dass man Personen dafür schule, eine Gruppe zusammentrommele und die Sache liefe bereits. Bis sich bürgerschaftliches Engagement bemerkbar mache, brauche es einen langen Atem. Man müsse die Bürger umfassend informieren, sowohl die, die sich engagieren wollten als auch die, die die Angebote nachher wahrnehmen.

Projekte zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements sollten in Kooperation zwischen der Gemeinde und der sozialen Institution stattfinden. Deshalb lege die St. Anna-Hilfe, wenn sie ein solches Projekt initiiere, sehr viel Wert auf Kooperation und einen fachlichen Austausch. Denn die Aufgabe der Gemeinwesenarbeiterin sei es zunehmend, neben der Moderation der Aktivitäten der Wohnanlagenbewohner auch die Funktion einer Anlaufstelle für bürgerschaftliches Engagement in der jeweiligen Gemeinde zu übernehmen. Die Lebensräume-Projekte seien häufig – über viele Multiplikatoren – die Initialzündung für einen Prozess im örtlichen Gemeinwesen gewesen. Aufgabe der Gemeinwesenarbeiterin sei dabei auch, unterschiedliche Strukturen in einer Gemeinde miteinander zu verbinden und Anstöße zu geben. Eine enge Abstimmung mit Bürgermeister und Gemeinderat sei dabei elementare Voraussetzung für das Gelingen.

Impulse aus der Diskussion:

- Politiker und Gemeinderat müssen als Multiplikatoren gesehen werden.
- Politiker müssen lernen, dass Bürger auch während den Wahlperioden mitreden wollen.
- Kommunalpolitik und Verwaltung müssen mit im Boot sein.
- Die Lebensdauer von Projekten ist oft zu kurz. Ein langer Atem, aber Offenheit für Veränderungen ist unterwegs nötig.
- Bei Projekten wie den „Lebensräumen“ ist ein institutioneller Rahmen für Dauerhaftigkeit nötig.
- Auch Hauptamtliche müssen auf dem Weg zu bürgerschaftlichem Engagement und Beteiligung mitgenommen werden.

Umfassende Informationen von
Bürgerinnen und Bürgern über
Möglichkeiten des Engagement ist nötig.

Überregionaler Austausch der Gemeinwesenarbeiterinnen erforderlich.

■ **Ohne Geld geht nichts: Finanzierung der Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement** (Workshop)

Agnes Christner, Dezernentin für Jugend, Familie, Soziales und Pflege beim Städtetag Baden-Württemberg

Agnes Christner berichtete über einen Trend zur Monetarisierung des bürgerschaftlichen Engagements. Dabei warf sie die Frage auf, ob dies noch Aufwandsentschädigungen und Zeichen von Anerkennung seien oder ob dies bereits schlecht bezahlte Erwerbstätigkeit sei. Das Abgelten von Engagierten mit Geld sei sehr bequem, da in diesem Fall keine weitere Einbeziehung (z.B. Beteiligung an Entscheidungsprozessen) zur Motivation notwendig ist. Christner verwies hier auf eine Untersuchung zu diesem Trend durch das Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (ZZE) an der Evangelischen Fachhochschule Freiburg.

Für Christner sei aber auch klar, wer sich engagiere, habe nicht unbedingt das Motiv des Geldes. Deshalb sei bürgerschaftliches Engagement mehr als Leistung und Gegenleistung und weder vorraussetzungs- noch kostenlos. Bürgerschaftliches Engagement müsse gewollt sein. Es brauche feste Rahmenbedingungen und Unterstützung durch Hauptamtliche.

Christner forderte auf kommunaler Ebene Strategien für Engagementpolitik und Engagementförderung zu entwickeln. Dafür müsse im Gemeinwesen ein Klima für bürgerschaftliches Engagement geschaffen werden. Nicht nur Kommunen seien gefordert, sondern auch Sozialeinrichtungen müssten ins Gemeinwesen integriert werden und müssten sich unterschiedlichen Gemeinden und Situationen anpassen.

Dafür bedürfe es funktionierender Strukturen. Die Referentin sieht vor allem das gezielte Benennen von Verantwortlichen für das bürgerschaftliche Engagement in den Kommunen und Sozialeinrichtungen als einen wichtigen Baustein. Diese Stellen sollten aber nicht dauernd um ihr Überleben kämpfen müssen. Bürgerschaftliches Engagement dürfe deshalb nicht nur über befristete Modellprojekte organisiert werden. Christner stellte fest, dass für eine Implementierung dieser Strukturen ein anderer Einsatz von Geld, beziehungsweise eine neue Förderlogik, notwendig sei. Es müssten explizit professionelle Infrastrukturen gefördert werden, insbesondere auch in Einrichtungen. Auch der Finanzierung von Anerkennungsformen, Qualifizierung, Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit sprach die Referentin eine besondere Bedeutung zu.

Je mehr das bürgerschaftliche Engagement ein öffentliches Thema werde, desto eher neigten die verschiedenen politischen Ebenen dazu, sich für dieses Thema einzusetzen. Der Bund fördere bereits viele Projekte, die allerdings befristet seien und nicht zur dauerhaften Finanzierung einer Infrastruktur dienten. Im SGB XI (Pflegeversicherung) finde sich eine Verankerung der Engagement-Förderung. Die Umsetzung sei aber geprägt von Richtlinien und Fördervoraussetzungen und eben begrenzt auf das enge Feld der Pflege. Besser als solche fachspezifischen nationalen Förderprogramme sei eine kommunal verankerte Infrastruktur, die ein breites Engagement in verschiedenen Feldern je nach Bedarf ermögliche. Das Land Baden-Württemberg fördere den Entwicklungsprozess in den Kommunen schon nach mo-

derneren Ansätzen, ohne ausgeprägte Richtlinien. Unabhängig vom Förderer ist der Referentin klar: Ohne gewisse Strukturförderung geht es nicht, Anschub- und Modellfinanzierung reichen nicht aus.

Für eine Vernetzung der Akteure seien neue Ansätze nötig. Christner nannte hier das Projekt „Bürgerengagement für Lebensqualität im Alter“ (BELA) als ein Beispiel. Die Robert-Bosch-Stiftung erbringt hier die Strukturförderung und beteiligte Einrichtungen tragen einen Eigenbeitrag. Dieses gemeinsame Netzwerk soll sich später selbst tragen. Die Referentin wies aber auch darauf hin, dass der Wettbewerb um Engagierte, um öffentliche Aufmerksamkeit und ums knappe Geld zunehme.

Kombination aus Strukturförderung und Eigenbeitrag soll sich langfristig selbst tragen können.

Impulse aus der Diskussion:

- Was ist die Rolle eines Sozialunternehmens, wo ist die Grenze zur Kommune?
- Es ist eine neue Finanzierungslogik im herkömmlichen System gefordert. Projekte der großen Einrichtungen sind nur zu fördern, wenn diese ihre Strukturen öffnen. Es soll keine „gated communities“ mehr geben.
- Weg von getrennten Töpfen für Pflege und Eingliederungshilfe. Umverteilung auf kommunale Töpfe nötig.
- Die Vergütungssysteme der Sozialversicherung müssen entsprechend angepasst werden. Bürgerschaftliches Engagement und das Öffnen von Einrichtungen in Richtung Gemeinde soll dabei entgolten werden.
- Bei einer Konzeption für die Versorgung von hilfebedürftigen Menschen ist ein Engagement von Bürgern und Betrieben nötig.
- Das bürgerschaftliche Engagement ist in der professionellen Arbeit noch nicht verankert. Die Befähigung zum bürgerschaftlichen Engagement muss schon in der Ausbildung, dem Studium oder der Weiterbildung berücksichtigt werden.
- Es stellt sich die Frage, nach steuerlichen Anreizen.
- Es ist nicht nur reines Geld nötig, sondern noch viel Forschungsaufwand, wie es neu funktionieren kann.
- Es sollen an Hochschulen Lehrstühle für bürgerschaftliches Engagement einrichtet werden.

Sozialeinrichtungen müssen ins Gemeinwesen integriert werden.

Befristete Projekte können Infrastruktur nicht dauerhaft finanzieren.

SAMARITER 
STIFTUNG

Samariterstiftung

Schlossweg 1

72622 Nürtingen

Tel.: 07022 505-200

hauptverwaltung@samariterstiftung.de

www.samariterstiftung.de

Stiftung Liebenau



Stiftung Liebenau

Stiftung Liebenau

Siggenweilerstraße 11

88074 Meckenbeuren

Tel.: 07542 10-0

info@stiftung-liebenau.de

www.stiftung-liebenau.de